



Jahresbericht Simbabwe 2011

In Simbabwe leiden vor allem Kritiker des Regimes sowie Menschenrechtsverteidiger und engagierte Bürger unter massiven Verletzungen ihrer Menschenrechte, die in aller Regel straflos bleiben. Amnesty International ist besonders besorgt darüber, dass oft von Folter und Misshandlungen durch staatliche Sicherheitskräfte berichtet wird. Seit Februar 2011 geht die simbabwische Polizei mit besonderer Härte und Systematik vor:

Am 19. Februar 2011 wurden der ehemalige Oppositionspolitiker Munyaradzi Gwisai und 44 seiner Unterstützer in Harare festgenommen, als sie an einer Veranstaltung mit dem Titel "Revolt in Egypt and Tunisia. What lessons can be learnt by Zimbabwe and Africa" teilnahmen. Berichten zu Folge wurden mindestens sieben der Festgenommenen, darunter auch Munyaradzi Gwisai, von Sicherheitskräften geschlagen. Sie wurden in die zentrale Polizeistation in Harare gebracht, die für Folter und Misshandlung von Inhaftierten berüchtigt ist. Tatsächlich gab Munyaradzi Gwisai am 23. Februar 2011 vor Gericht an, er und andere Inhaftierte seien während ihrer Haft in dieser Polizeiwache gefoltert worden. Die Verteidiger der Inhaftierten berichteten Amnesty International, dass ihnen der Kontakt zu den Inhaftierten verwehrt worden sei und sie erst kurz bevor diese dem Haftrichter vorgeführt wurden, über die Anklagepunkte informiert worden waren. Den Inhaftierten wird Hochverrat vorgeworfen. Bei einem Schuldspruch droht ihnen die Todesstrafe. 39 der Inhaftierten sind inzwischen wieder in Freiheit, nachdem ein Gericht erster Instanz die gegen sie erhobene Anklage abgewiesen hatte. Die übrigen sechs Aktivisten befinden sich nach wie vor in Haft. Am 28. Februar 2011 wurden sieben Mitglieder der Organisationen WOZA (Women of Zimbabwe Arise) und MOZA (Men of Zimbabwe Arise) in Bulawayo festgenommen und zwei Tage festgehalten. Berichten zufolge wurden sie in dieser Zeit von Sicherheitskräften gefoltert. Hierbei soll die als "falanga" bekannte Foltermethode zur Anwendung gekommen sein, bei der den Opfern Schläge auf die Fußsohlen versetzt werden.

Simbabwe hat die Anti-Folter-Konvention der Vereinten Nationen (CAT) und das entsprechende Zusatzprotokoll (OP-CAT) bislang nicht unterzeichnet.